



Kantonsrat

Protokoll der Sitzung der vorberatenden Kommission

**Kantonsratsbeschluss über Sanierung und Erweiterung der Kantonsschule Heerbrugg  
(35.09.01)**

**Ort:** Kantonsschule Heerbrugg, Karl-Völker-Strasse 11, 9435 Heerbrugg, Aula

**Zeit:** Montag, 23. März 2009, 09:00 Uhr bis 15:00 Uhr

**Anwesend:** *Mitglieder der vorberatenden Kommission:*

Trunz Karlpeter, Oberuzwil, Präsident  
Büchel Roland, Oberriet, Mitglied  
Dudli Josef, Werdenberg, Mitglied  
Eggenberger Andreas, Hinterforst, Mitglied  
Gschwend Meinrad, Altstätten, Mitglied  
Hartmann Roland, Jona, Mitglied  
Huser Herbert, Altstätten, Mitglied  
Jöhl Toni, Amden, Mitglied  
Klee-Rohner Helga, Berneck, Mitglied  
Lemmenmeier Max, St.Gallen, Mitglied  
Nietlispach Jaeger Eva, St.Gallen, Mitglied  
Ritter Werner, Hinterforst, Mitglied  
Schlegel Jeanette, Goldach, Mitglied  
Schrepfer-Bernath Elsbeth, Sevelen, Mitglied  
Würth Benedikt, Jona, Mitglied

*Mitarbeitende der Staatsverwaltung und Sachverständige:*

Haag Willi, Regierungsrat, Vorsteher Baudepartement  
Binotto Werner, Kantonsbaumeister, Baudepartement  
Bürkle Thomas, Leiter Baubereich 1, Baudepartement  
Scheiwiler Dominik, juristischer Mitarbeiter, Baudepartement, Protokoll

Kölliker Stefan, Regierungsrat, Vorsteher Bildungsdepartement  
Friedli Esther, Generalsekretärin, Bildungsdepartement  
Mattle Christoph, Leiter Amt für Mittelschulen, Bildungsdepartement  
Bachmann Adrian, Amt für Mittelschulen, Bildungsdepartement

Mogg Bertram, Prof., Rektor Kantonsschule Heerbrugg

**Entschuldigt:** -

**Traktanden:**

1. Begrüssung, Mitteilungen
2. Überblick über die Vorlage
3. Besichtigung / Führung
4. Eintretensdiskussion mit Abstimmung
5. Spezialdiskussion
6. Rückkommen
7. Schlussabstimmung

8. Varia

**Unterlagen:** Kantonsratsbeschluss über Sanierung und Erweiterung der Kantonsschule Heerbrugg, Botschaft und Entwurf der Regierung vom 13. Januar 2009 (Beratungsunterlage)  
Situationsplan  
Projektbeschreibung und Kostenvoranschlag

**Beilagen zum Protokoll:**

- Perspektiven der Mittelschule, Bericht der Regierung vom 2. Oktober 2007 (40.07.06), Seiten 41 - 43 (Anhang 1)
- Erklärung der Differenz zwischen Zahlen Architekturwettbewerb und Vorlage samt Berechnungen (Anhang 2)
- Gelbes Blatt zum Antrag Photovoltaikanlage (Anhang 3)

**Geht an:**

- Mitglieder der vorberatenden Kommission (Postadresse)
- Staatskanzlei (7)
- Baudepartement
- Bildungsdepartement
- Kantonsschule Heerbrugg

## 1. Begrüssung, Mitteilungen

**Karlpeter Trunz, Präsident** der vorberatenden Kommission, begrüsst die Mitglieder der vorberatenden Kommission und folgende Personen:

- Haag Willi, Regierungsrat, Vorsteher Baudepartement
- Binotto Werner, Kantonsbaumeister, Baudepartement
- Bürkle Thomas, Leiter Baubereich 1, Baudepartement
- Scheiwiler Dominik, juristischer Mitarbeiter, Baudepartement, Protokoll
- Kölliker Stefan, Regierungsrat, Vorsteher Bildungsdepartement
- Friedli Esther, Generalsekretärin, Bildungsdepartement
- Mattle Christoph, Leiter Amt für Mittelschulen, Bildungsdepartement
- Bachmann Adrian, Amt für Mittelschulen, Bildungsdepartement
- Mogg Bertram, Prof., Rektor Kantonsschule Heerbrugg

**Der Präsident** informiert die Anwesenden, als Erleichterung für die Führung des Votenprotokolls werde die Sitzung elektronisch erfasst.

**Der Präsident** stellt fest, dass die vorberatende Kommission, mit Ausnahme von Elsbeth Schrepfer-Bernath, vollständig sei und er die Präsenzliste zur Unterschrift zirkulieren lassen werde.

Es habe einen personellen Wechsel in der Besetzung der vorberatenden Kommission gegeben:

- Büchel Roland, Oberriet, anstelle von Dietsche Marcel, Kriessern

**Der Präsident** fragt, ob es Einwände seitens der Kommission gegen den Wechsel der Besetzung gebe und stellt fest, dass dies nicht der Fall sei.

**Der Präsident** stellt fest, dass die Einladungen rechtzeitig versandt wurden. Nach der Einladung hätten die Mitglieder der Kommission zusätzlich die vom Bildungsdepartement veranlassete Untersuchung über die Belegung der Kantonsschulen, den Kostenvoranschlag mit den entsprechenden Kennwerten sowie den Projektbeschrieb erhalten.

**Der Präsident** weist darauf hin, dass das Kommissionsprotokoll nach Art. 67 des Kantonsratsreglements (sGS 131.11; abgekürzt KRR) bis nach Abschluss der Beratungen des Kantonsrates vertraulich sei.

**Der Präsident** schlägt vor, dass Werner Binotto nach dem Überblick über die Vorlage durch die beiden Regierungsräte das Projekt anhand der Pläne genauer erklären würde, bevor man auf die Besichtigung mit Thomas Bürkle gehe. Er fragt, ob es Einwände gegen diese Ergänzung der Traktandenliste gebe und stellt fest, dass dies nicht der Fall sei.

**Der Präsident** hofft, dass man sicher die Eintretensdiskussion noch vor dem Mittagessen abhalten könne.

## 2. Überblick über die Vorlage

**Der Präsident** erteilt Regierungsrat Stefan Kölliker das Wort.

**Regierungsrat Stefan Kölliker** begrüsst die Anwesenden und gibt seiner Freude Ausdruck, zum Bauprojekt über den Ausbau und die Sanierung der Kantonsschule Heerbrugg einige wichtige und grundlegende Ausführungen machen zu dürfen. Wie man in der Vorlage erkenne, handle es sich um ein grosses und bedeutendes Bauprojekt. Er werde im Folgenden gerne darlegen, weshalb dieses Projekt für das Bildungsdepartement von grosser Bedeutung sei. Er werde sich in seinen Ausführungen auf die bildungsspezifischen und pädagogischen Aspekte konzentrieren, derweil Regierungsrat Willi Haag anschliessend die baulichen Belange der Vorlage näher ausführen würde.

*Standorte:* Die Standorte der staatlichen Mittelschulen seien die KS Burggraben St.Gallen (1177 Schüler, Stand September 2008), die KS am Brühl St.Gallen (514), die KS Heerbrugg (639), die KS Sargans (703), die KS Wattwil (748) und die KS Wil (576).

*Lehrgänge an den Mittelschulen:* An den Mittelschulen würden drei verschiedene Lehrgänge angeboten werden: das Gymnasium, die Fachmittelschule und die Wirtschaftsmittelschule. In diesen drei Ausbildungstypen bestünden jeweils verschiedene Wahlmöglichkeiten. Im Gymnasium würden diese Schwerpunktfächer heissen, in der Fachmittelschule würden sie Berufsfelder genannt, und in der Wirtschaftsmittelschule spreche man ebenfalls von Schwerpunkten. Die Kantonsschule Heerbrugg führe schon seit Jahren alle drei Lehrgänge. Dies im Gegensatz zu anderen Mittelschulen. Die Kantonsschule am Burggraben St.Gallen oder die Kantonsschule Wil seien zum Beispiel reine Gymnasien.

In Heerbrugg biete man bewusst ein breites Angebot an Mittelschullehrgängen und auch an Schwerpunktfächern und Berufsfeldern an, um den Schülerinnen und Schülern aus dem Einzugsgebiet in der Region zu einer weiterführenden Ausbildung zu verhelfen. Nur die Lehrgänge, für welche die regionale Nachfrage zu klein sei, um dafür eigene Klassen bilden zu können, würden in Heerbrugg nicht geführt werden. Wer einen solchen Lehrgang wählen würde, müsse nach St.Gallen oder Sargans ausweichen.

Bis im Sommer 2004 habe die Kantonsschule Heerbrugg im Übrigen auch ein Lehrerseminar geführt. Dieses sei im Zusammenhang mit der Reform der Lehrerbildung geschlossen und auf die Ebene der Pädagogischen Hochschule verschoben worden.

Die Kantonsschule Heerbrugg sei also für das Rheintal, verstanden als Region zwischen Buchs und Rorschach, und damit über die Grenzen des gleichnamigen Wahlkreises hinaus, eine ausserordentlich wichtige Bildungsinstitution.

*Kultur- und Wirtschaftsfaktor KSH:* Die Mittelschulen würden aber nicht nur als Stätten der Bildungsvermittlung eine wichtige Rolle spielen. Sie seien auch ein wichtiger Kultur- und Wirtschaftsfaktor. Die Kantonsschule Heerbrugg sei Bildungs- und Kulturplatz (Konzerte/Musicals/Theater, Lesungen/Vorträge, Volkshochschule/Sprachschule/Erwachsenenbildung, Ausstellungen, Turnhalle für lokale Vereine, Mehrzweckhalle für Anlässe). Die Kanti Heerbrugg sei zudem ein wichtiger Arbeitgeber in der Region. Besonders sei darauf hinzuweisen, dass der überwiegende Teil der Arbeitsplätze dem hochqualifizierten Segment zuzurechnen sei.

*Schulbetrieb an der KSH heute:* Wer sich heute während eines normalen Schultags an der Kantonsschule Heerbrugg umsehe, werde die Notwendigkeit des Projekts nur schwerlich bestreiten können. Ein Kantischüler habe es in einer Beilage der Zeitung "Der Rheintaler" anschaulich dargestellt. Er stelle in seinem Artikel dar, wie eng die Platzverhältnisse seien. Er schreibe vom Ansturm auf die Mensa zur Mittagszeit, von den Erschwernissen, wenn man an der Schule Hausaufgaben oder Gruppenarbeiten machen wolle, von der viel zu kleinen Aula und von den klimatischen Bedingungen in den als "Baracken" bezeichneten Container-Schulzimmern, welche als Provisorien eingerichtet worden seien, aber schon seit vielen Jahren aus dem heutigen Bild der Kantonsschule Heerbrugg nicht mehr wegzudenken seien. Er habe sich dabei in seinen Schilderungen sogar noch vornehmer Zurückhaltung bedient. Die Feuchtigkeitflecken an der Wand oder den Umstand, dass im Winter dort während Wochen die Wasserleitungen zugefroren seien, habe er nicht einmal erwähnt.

*Heutige Bedürfnisse:* Es sei nicht erstaunlich, dass der Autor wenig lobende Worte über die Infrastruktur der Kantonsschule Heerbrugg finde. Die Schule sei nun nahezu 35 Jahre alt, da seien gewisse Abnützungerscheinungen normal. Auch die pädagogischen Konzepte hätten sich in dieser Zeit stark verändert. Heute werde nicht mehr gleich Schule gegeben wie in den Sechzigerjahren, als der Bau geplant worden sei. Im Botschaftstext finde man weitere Beispiele für Anforderungen an einen zeitgemässen Mittelschulbetrieb, welche heute in Heerbrugg nicht in ausreichender Weise erfüllt seien: Schüler- und Lehrerarbeitsplätze, die Möglichkeit, Unterrichtsräume flexibel zu vergrössern oder zu verkleinern, die Ausgestaltung der naturwissenschaftlichen Einrichtungen und Labors und eben auch die Mensa seien in diesem Zusammenhang zu nennen.

Eine der wesentlichsten Aufgaben der Mittelschule sei es, die Jugendlichen auf weiterführende Ausbildungen an Universitäten oder Fachhochschulen vorzubereiten. Dazu sei es erforderlich, die Schülerinnen und Schüler an die Arbeitsmethoden heranzuführen, welche dort Gang und Gäbe seien. Dies gelinge mit der heutigen Infrastruktur nicht in genügendem Masse, weshalb baulicher Handlungsbedarf bestehen würde.

*Entwicklung der Schülerzahl:* Dass die Kanti Heerbrugg ihre ursprünglich zugedachten Aufgaben nicht mehr ausreichend erfüllen könne, liege nicht allein an baulichen Mängeln, sondern auch an der Schülerzahl. Die Schule sei für die heutigen Verhältnisse schlicht zu klein! Nur aufgrund von Überbrückungsmassnahmen sei die Schule heute überhaupt in der Lage, die aktuelle Schülerzahl zu bewältigen. Darunter würden vor allem die Schülerschaft und die Lehrpersonen leiden, weil sich für sie unbefriedigende Arbeitsbedingungen ergeben würden. Beispielsweise sei die Mittagspause verkürzt worden, um zusätzliche Lektionen zu platzieren, der Unterricht dauere oft bis über 18.00 Uhr hinaus, Zimmer seien zweckentfremdet und provisorische Wände eingezogen worden, um den Schulbetrieb überhaupt noch gewährleisten zu können. Von den acht Containern wolle er gar nicht reden. Diese Zustände könnten und dürften nicht länger von Dauer sein!

Vor drei Jahren - dem vorläufigen Maximum punkto Schülerzahl - habe die Schule 150 Prozent der geplanten Auslastung aufgewiesen, nämlich 700 Schülerinnen und Schüler, statt den vorgesehenen 480. Seither seien die Zahlen zwar nicht mehr gewachsen, die Schülerzahlen würden sich aber aus verschiedenen Gründen in den nächsten Jahren konstant auf hohem Niveau einpendeln. Es sei also falsch, aufgrund der Entwicklung der Schülerzahlen in den vergangenen drei Jahren auf eine Trendumkehr zu hoffen.

Im Vorfeld habe man verschiedentlich gehört, dass gewisse Kreise die Frage stellen würden, ob ein solcher Bau vor dem Hintergrund sinkender Schülerzahlen überhaupt nötig sei. Diesen kritischen Stimmen antworte er klar mit "Ja"! Den Wert von Bildung auf der Sekundarstufe II, d.h. anschliessend an die obligatorische Volksschule, müsse er wohl nicht sonderlich betonen. Es sei ganz eindeutig das Ziel, dass im Kanton St.Gallen jedes Kind nach der Volksschule in eine für ihn oder sie angemessene weiterführende Ausbildung eintreten könne. Dies bedeute, dass im Bereich der Mittel- und der Berufsfachschulen eine entsprechende Infrastruktur bereitgestellt und unterhalten werden müsse. Der Kanton besitze verschiedene Schulbauten, welche in den Sechziger und Siebziger Jahren neu erstellt worden seien und nun saniert werden müssten. Das nun vorliegende Bauprojekt für Heerbrugg sei denn auch nur der Anfang einer Perlenkette von weiteren Schulbauprojekten. Gemäss dem kantonalen Investitionsprogramm stünden kurz- bis mittelfristig auch die Sanierung und bedarfsweise Erweiterung der Kantonschulen Sargans und Wattwil, sowie der Berufs- und Weiterbildungszentren GBS St.Gallen (Demutstrasse) und Toggenburg, sowie der Neubau des BWZ Rapperswil an. Heerbrugg komme als erstes dran, weil hier die Verhältnisse am prekärsten seien.

*Maturitätsquote im Kanton St.Gallen:* Die Angst, dass man künftig keine oder zu wenige Schülerinnen und Schüler für die Kantonsschule Heerbrugg habe, sei unbegründet. Man müsse sich die Maturitätsquote und deren Entwicklung anschauen. Der Anteil der Personen, welche ein Maturitätszeugnis erworben habe, steige in der gesamten Schweiz stetig an. Dieser Trend sei auch im Kanton St.Gallen zu beobachten. Die Quote liege im Kanton St.Gallen bei knapp 14 Prozent - das schweizerische Mittel liege bei fast 20 Prozent. Der Trend der vergangenen Jahre zeige, dass davon auszugehen sei, dass die Quote im Kanton St.Gallen weiterhin leicht zunehmen würde.

Ein wesentlicher Grund dafür sei, dass die Zahl der Ausbildungen, für welche ein Mittelschulabschluss die Voraussetzung sei, zunehmen würde. Von einer Zunahme der Maturitätsquote gehe auch das Bundesamt für Statistik aus.

Wenn man von einer steigenden Maturitätsquote ausgehe, so Sorge die Demographie dafür, dass die Schülerzahlen trotzdem nicht explodieren würden. Es sei richtig, dass die Geburtenzahlen in den Neunzigerjahren und zu Beginn dieses Jahrzehnts insgesamt rückläufig gewesen seien. Dieser Rückgang sei im Rheintal allerdings weniger ausgeprägt als in anderen Regionen des Kantons. Das Bildungsdepartement habe der vorberatenden Kommission bereits im Bericht "Perspektiven der Mittelschulen" im vergangenen Jahr dargelegt, dass man deshalb davon ausgehen könne, dass sich die sinkende Geburtenzahl und die steigende Maturitätsquo-

te ungefähr die Waage halten dürften. Mindestens bis 2015 erwarte das Bildungsdepartement deshalb keine signifikanten Schwankungen in der Klassenzahl an der Kantonsschule Heerbrugg. Und die Klassenzahl determiniere den Raumbedarf ja deutlich stärker als die Schülerzahl, zumal es ja ein Ziel sei, ein breites Spektrum an Lehrgängen anzubieten. Wenn man die Klassenzahl verringern wolle, müsse man das Angebot an Schwerpunktfächern reduzieren. Das wolle das Bildungsdepartement gerade nicht.

Das Bildungsdepartement habe das Raumprogramm in enger Zusammenarbeit mit dem Baudepartement mit grösster Seriosität ausgearbeitet und sich viele kritische Fragen gestellt. Der Bedarf, wie er sich in dieser Vorlage nun darstelle, sei deshalb in jeder Hinsicht ausgewiesen. Es sei richtig, auch künftig von jährlich 6-7 parallelen Klassen des Gymnasiums und je einer für die FMS und die WMS auszugehen. Es werde damit auch künftig 33-34 Klassen in diesem Haus haben. Das entspreche dem heutigen Stand. Die Zahl der Klassen determiniere den Bedarf an Schulzimmern. Es sei auch geprüft worden, ob die Auslastung der Zimmer optimiert werden könnte. Dies sei allerdings nicht mehr möglich. Auch ein interkantonaler Vergleich habe ihre Vermutung bestätigt, dass die Räume an den St.Galler Mittelschulen deutlich überdurchschnittlich ausgelastet seien. Dies gelte besonders auch für die Kanti Heerbrugg: An dieser Schule seien Normalschulzimmer zu fast 85 Prozent ausgelastet, Spezialfachzimmer (z.B. in den Naturwissenschaften) gar zu 99 Prozent. Hier liege also keine Luft mehr drin.

Er fasst zusammen, der Ausbau und die Sanierung der Kantonsschule Heerbrugg seien für sein Departement ein wichtiges und dringliches Anliegen, da

- a) die Schule heute zu klein sei;
- b) die Schule heute sanierungsbedürftig sei;
- c) die Schule den Ansprüchen an einen modernen Mittelschulunterricht nicht mehr genügen würde.

Der Kantischüler, welcher den eingangs erwähnten Artikel im Rheintaler verfasst habe, empfehle am Schluss allen Stimmberechtigten, für den Ausbau "JA" zu stimmen. Er tue dies auch und beantrage der vorberatenden Kommission, auf das Geschäft einzutreten und bedanke sich für die Aufmerksamkeit.

**Der Präsident** erteilt Regierungsrat Willi Haag das Wort.

**Regierungsrat Willi Haag** begrüsst die Anwesenden und führt aus, die Kantonsschule Heerbrugg sei in die Jahre gekommen. 1971 habe das Architekturbüro Bächtold und Baumgartner, Rorschach, den Architektenwettbewerb für die Kantonsschule Heerbrugg gewonnen. Es sei damals ein Neubau für 480 Schüler und Schülerinnen geplant worden, was rund 18 Klassen entsprochen habe. Die damaligen Baukosten seien bei 15,7 Mio. Franken gelegen.

*Bedarf:* Heute, 38 Jahre später, stehe man wieder vor einer ähnlichen Situation. Der Bau der Kantonsschule Heerbrugg sei stark sanierungsbedürftig. Zudem würden Schul-, Vorbereitungs- und Gruppenräume für einen zeitgemässen Unterricht fehlen. Die zentralen Einrichtungen wie Mensa und Aula seien zu klein und Schülerarbeitsplätze seien nur in ungenügender Zahl vorhanden. Die damalige Planung sei von einer Belegung von rund 480 Schülerinnen und Schülern in 24 Klassen ausgegangen. Mittlerweile würden an der Kantonsschule Heerbrugg mehr als 640 Schülerinnen und Schüler in 33 Klassen unterrichtet werden. Bereits in den Jahren 1999 und 2003 hätten zusätzliche Schulräume geschaffen werden müssen. Acht Schulzimmer und zwei Lehrervorbereitungsräume seien in provisorische Container ausgelagert worden. Die Provisorien seien mittlerweile aufgrund der starken Belegung an ihrem Nutzungsende angelangt. Die im Jahr 1984 gebauten Turnhallen würden ebenfalls einer Sanierung bedürfen. Die Hallen seien energetisch in einem schlechten Zustand und die Aussenwände seien von einer Vielzahl von Rissen überzogen. In den Garderoben und Duschen sei die Lüftung ungenügend; dadurch entstehe eine zunehmende Schimmelbildung.

*Bauvorhaben:* Um alle heutigen Raumbedürfnisse zweckmässig und architektonisch ansprechend in die bestehende Schulanlage einbeziehen zu können, habe die Regierung das BD mit der Durchführung eines Architekturwettbewerbs beauftragt. Den Projektwettbewerb habe das

Architekturbüro Huggenberger-Fries-Architekten aus Zürich gewonnen. Mit dem neuen Projekt bekomme man einen klar organisierten und übersichtlichen Bau. Das Projekt vermöge mit wenigen, gezielten Eingriffen eine ganzheitliche und nachhaltige Lösung zu erzielen. Durch die geschickte Anordnung und Organisation des quer liegenden, viergeschossigen Baukörpers, könne das Siegerprojekt mehrere räumliche Konfliktstellen zur bestehenden Anlage auf einfache Art und Weise lösen. Besonders hervorheben wolle er die neue Eingangshalle. Dort würden nicht nur Alt- und Neubau zusammengeführt werden, sondern von dort aus habe man auch direkten Zugang zu den drei bedeutendsten, öffentlichen Räumen der Kantonsschule. Nämlich zur Aula, zur Bibliothek und zur Mensa.

*Neubau:* Mit dem vorliegenden Projekt bekomme der Kanton St. Gallen in Heerbrugg eine zeitgemässe, neue Kantonsschule und ein neues Erscheinungsbild. Im Neubautrakt, der die Turnhalle und den Westtrakt verbinden würde, seien im 2. und 3. Obergeschoss die Klassenzimmer und Gruppenräume angeordnet. Im ersten Obergeschoss würden sich die Lehrerräume und die Räume für die Verwaltung befinden.

Die neue Fassade werde mit Gesimsbändern und aussenliegenden Sichtbetonstützen gegliedert. Gleichzeitig würden die Bänder und Stützen dem konstruktiven Wetterschutz dienen. Mit den zurückliegenden Fenstern werde eine unterhaltsarme Fassade realisiert. Die Fenster seien grösstenteils festverglast. Alle an der Fassade liegenden Räume würden über Lüftungsflügel verfügen. Windstabile Rafflamellenstoren würden optimalen Sonnen- und Blendschutz bieten. Für den Innenausbau seien robuste und pflegeleichte Materialien vorgesehen. Die Nachhaltigkeit der Materialien lasse das Baudepartement über ein Punktesystem der Vereinigung "eco-Bau" bewerten, die eine gemeinsame Plattform öffentlicher Bauherrschaften von Bund, Kantonen und Städten mit Empfehlungen zum nachhaltigen Planen, Bauen und Bewirtschaften von Gebäuden und Anlagen sei.

*Sanierung Westtrakt:* Der Westtrakt werde stehen gelassen und saniert. Die Aussenhülle werde komplett ersetzt. Nebst veralteten Fenstern seien auch die Betonbrüstungen und Geschossdecken nicht isoliert. Eine neue Fassadenschicht mit neuen Fenstern solle die bestehende Hülle auf den künftigen Minergiestandard bringen. Das Spezielle an der Sanierung des Westtraktes sei, dass die Lüftung aussen über die Fassade in die einzelnen Räume geführt werde. So könnten die im Innern bereits sanierten Klassenzimmer belassen werden. Hochgedämmte Gebäude, wie sie vorliegend vorhanden seien, und wie sie nach den heutigen Energievorschriften und Standards für die Minergie-Zertifizierung gefordert seien, würden ohne Lüftung zu einem problematischen Raumklima führen. In kürzester Zeit würden zu hohe CO<sup>2</sup>-Konzentrationen gemessen werden. Ein permanentes Offenlassen der Fenster sei energetisch nicht sinnvoll und führe, wie Beispiele an anderen kantonalen Schulen zeigen würden, zu Reklamationen von Seite der Nutzer. Mit dem Einbau einer sogenannten «kontrollierten» Lüftung könne diesem Problem begegnet werden.

*Sanierung Turnhalle:* Zum Zeitpunkt des Wettbewerbs sei die Sanierung der Turnhalle kein Thema gewesen. Im Zuge der weiteren Planung habe sich jedoch gezeigt, dass eine Sanierung unumgänglich sei. Das Sanierungskonzept sehe vor, den Garderoben- und Bühnentrakt sowie die Geräteräume der Turnhalle abzurechnen und in einem neuen kompakten Baukörper zusammenzufassen. Beim Turnhallentrakt werde die Fassade der Sporthalle, gleich wie bei der Fassade des Westtraktes, saniert. Dieser mit der Sanierung der Schule koordinierte Teilumbau ermögliche eine optimale Verbindung zwischen Neubau- und Turnhallentrakt sowie eine gemeinsame Haustechnikzentrale.

*Ökologie:* Im Rahmen der ökologischen Vorbildfunktion der öffentlichen Hand werde bei Bauvorhaben des Kantons sowohl für Neu-, wie auch für Sanierungsbauten der Minergie-Eco-Standard, sofern dies technisch möglich und wirtschaftlich sinnvoll sei, angestrebt. Sowohl der Neubau als auch der Umbau der Kantonsschule solle nach den neuesten Minergievorschriften Version 11 für das Jahr 2010 zertifiziert werden. Die geforderten Werte würden durch verschiedene aufeinander abgestimmte Massnahmen erreicht werden:

- gut wärmegeämmte Gebäudehülle;

- Einsatz von erneuerbarer Energie;
- kontrollierte Lüftungsanlage;
- Beleuchtung mit hohem Wirkungsgrad und geringem Energieverbrauch.

Sämtliche Dachflächen seien extensiv begrünt. So könne das Mikroklima verbessert und ein Rückhaltevolumen für das Regenwasser geschaffen werden.

Auf den Einsatz einer thermischen Solaranlage oder einer Fotovoltaik-Anlage (Kosten je rund Fr. 500'000.–) sei bei diesem Projekt verzichtet worden, da sie für das Erreichen des Minergie-Standards nicht benötigt würden.

**Bauablauf:** Die Bau- und Sanierungsarbeiten der Kantonsschule Heerbrugg seien in zwei Bauetappen gegliedert. Aus der heutigen Sicht sei von folgendem Zeitplan auszugehen: Die 1. Etappe betrage zwei Jahre und betreffe den Neubau und den Turnhallentrakt (Sommer 2010 bis Sommer 2012). Die 2. Etappe betrage ein Jahr und betreffe den Westtrakt (Sommer 2012 bis Sommer 2013). Während der gesamten Bauzeit werde in den nicht vom Bau betroffenen Trakten der Schulbetrieb fortgesetzt. Darum müssten der Baubetrieb wie auch der Schulbetrieb aufeinander abgestimmt werden. Die Sommerferien der Schule zum Zeitpunkt des Baubeginns 2010 und des Etappenwechsels 2012 würden jeweils von 5 auf 6 Wochen verlängert werden, so dass die lärmintensiven Abbrucharbeiten ausserhalb des Schulbetriebes durchgeführt werden könnten.

**Provisorien:** Unter reger Mithilfe von Seiten der Nutzer hätten verschiedene Massnahmen bestimmt werden können, damit der Schulbetrieb während den kommenden Baujahren weiterhin aufrecht erhalten werden könne. Dazu gehöre für die 1. Etappe:

- Ausdehnung der wöchentlichen Schulzeit (verlängerter Unterricht an den Abenden und an den Samstagen).
- Auslagerungen von Klassenzimmern, Sport, Werken, Musik, Lager und sporadisch auch von Aula-Anlässen, in nahe gelegene Schulhäuser und Bürobauten.
- Erstellen von Provisorien vor Ort für Nutzungen, wie Mensa, Bibliothek, Hauswart und Gebäudetechnik, welche die direkte Nähe zur Kantonsschule brauchen würden.

Während der 2. Etappe seien keine Auslagerungen mehr nötig. Hier würden nun die erstellten Provisorien vor Ort und die neu erstellten Zimmer im Neubau reichen.

**Finanzierung und Volksabstimmung:** 64,5 Mio. Franken sei eine beachtliche Summe und setze sich wie folgt zusammen.

#### Baukosten und Kreditbedarf

Die Kostenvoranschläge basieren auf dem schweizerischen Baupreisindex Region Ostschweiz vom 1. April 2008 (122.3 Punkte, Basis Oktober 1998):

BKP	Bezeichnung	Neubau / Turnhalle (in Franken)	Westtrakt (in Franken)	Total (in Franken)
0	Grundstück			1'595'000.—
1	Vorbereitungsarbeiten	1'971'000.—	1'098'000.—	3'069'000.—
2	Gebäude	30'636'000.—	8'288'000.—	38'924'000.—
3	Betriebseinrichtungen	5'640'000.—	2'859'000.—	8'499'000.—
4	Umgebung			2'047'000.—
5	Baunebenkosten			2'457'000.—
6	Schulraum-Provisorium			2'116'000.—
8	Reserven			1'948'000.—
9	Ausstattung	3'357'000.—	522'000.—	3'879'000.—
	<b>Anlagekosten</b>	<b>41'604'000.—</b>	<b>12'767'000.—</b>	<b>64'534'000.—</b>

Jedoch im Vergleich zu aktuellen Schulbauten, wie z.B. das Berufsbildungszentrum in Altstätten oder die Fachhochschule in St.Gallen, seien die Kosten für die Kantonsschule Heerbrugg eher im unteren Bereich anzuordnen. Aufgrund der Grössenordnung der Investition unterstehe die gesamte Bauvorlage dem obligatorischen Finanzreferendum.

*Weiteres Vorgehen und Termine:* Die von der Regierung verabschiedete Vorlage durchlaufe jetzt vorerst das parlamentarische Verfahren und komme anschliessend vors Volk:

- 1. Lesung in der Frühjahrssession, 20. April 2009
- 2. Lesung und Verabschiedung in der Junisession 2009
- Volksabstimmung Ende November 2009

Sobald die Vorlage auch durch die Volksabstimmung gutgeheissen worden sei, könne mit der Detailprojektierung und der Arbeitsausschreibung begonnen werden. Die Baurealisierung dauere von Juni 2010 bis September 2013. Im Oktober 2013 könne die Kantonsschule Heerbrugg dem Betrieb übergeben werden.

Er könne Ihnen versichern, dass man während des ganzen Planungsprozesses versucht habe, die baulichen, betrieblichen und räumlichen Bedürfnisse einfach und zweckmässig umzusetzen. Die Regierung erachte deshalb die Bauvorlage im heute unterbreiteten Umfang als notwendig, damit das Mittelschulkonzept mit den Standorten SG, Wil, Wattwil, Sargans und Heerbrugg auch in Zukunft zeitgemäss und effizient umgesetzt werden könne. Er beantrage eintreten und zustimmen.

**Der Präsident** stellt zuhanden des Protokolls fest, dass die Kommission nun vollständig sei. Er erkundigt sich, ob Verständnisfragen an die beiden Regierungsräte vorhanden seien.

**Helga Klee-Rohner** möchte von Regierungsrat Stefan Kölliker wissen, welche Berufsfelder, die aktuell die Matura nicht voraussetzen würden, in Zukunft ohne Maturitätsabschluss nicht mehr möglich seien.

**Regierungsrat Stefan Kölliker** führt dazu aus, die Tendenz verlaufe dahin, dass immer mehr Berufsfelder die Maturität voraussetzen würden.

**Helga Klee-Rohner** stellt fest, nach ihren Berechnungen weise die Kanti Heerbrugg eine durchschnittliche Klassengrösse von 19,3 Schülern auf. Auf der Sekundarstufe I habe sie die Vorgabe von 20-24 Schülern in der Sekundarschule und 16-24 Schülern in der Realschule.

**Bertram Mogg** erklärt, zu Beginn der Kanti würde die Klassengrösse soweit möglich immer 24 bis 25 Schüler betragen. Aufgrund der gewollten Selektion in den ersten beiden Jahren nehme die Klassengrösse in diesen Jahren aber stark ab.

**Jeanette Schlegel** möchte vom Baudepartement wissen, ob in dieser Vorlage alle Bedürfnisse der Kantonsschule Heerbrugg berücksichtigt worden seien, um nicht in ein paar Jahren erneut über ein Bauvorhaben an der Kanti Heerbrugg befinden zu müssen, wie dies bei der PHSG Gossau momentan der Fall sei.

**Regierungsrat Willi Haag** betont, diese Vorlage könne man nicht mit der Vorlage in Gossau vergleichen. In Gossau sei das Gebäude einer völlig neuen Nutzung zugeführt worden. Man habe bei der Umnutzung noch nicht wissen können, wie sich die Bedürfnisse der Mensa entwickeln würden, weshalb man mit dem Ausbau der Mensaküche gewartet habe. In dieser Vorlage habe man bei der Durchführung des Architekturwettbewerbs vor fünf Jahren lediglich den Mitteltrakt berücksichtigt. Da in dieser Zeit aber auch die Sanierung der Turnhalle offensichtlich geworden sei, habe man vorausschauend gehandelt und auch die Turnhalle in die Vorlage

ergänzt, um an der Kanti Heerbrugg für einige Jahre keine baulichen Massnahmen mehr treffen zu müssen.

**Benedikt Würth** interessiert sich, wie das Mittelschulkonzept für den Raum Toggenburg und Linthgebiet aussehe. Bevor man in Wattwil mit dem Bau einer neuen Kantonsschule zu planen beginne, müsse aus seiner Sicht abgeklärt werden, ob eine kantonsübergreifende Lösung zu realisieren wäre, konkret mit Pfäffikon.

**Regierungsrat Stefan Kölliker** führt aus, man führe laufend mit allen Beteiligten Gespräche und berücksichtige vor allem die Entwicklung im Toggenburg. Das Projekt KS Wattwil würde nach den Projekten KS Heerbrugg und KS Sargans angegangen. Momentan sei man konzentriert auf die Sanierung und die Erweiterung der KS Heerbrugg. Konkrete Absichten für den Raum Toggenburg und das Linthgebiet würden im Moment nicht vorliegen.

**Benedikt Würth** möchte klarstellen, er wolle nicht den Eindruck erwecken, Rapperswil wünsche eine eigene Mittelschule. Er wolle lediglich zu bedenken geben, dass eine kantonsübergreifende Lösung zu prüfen wäre, sollten in Wattwil und Pfäffikon Sanierungsmassnahmen im Raum stehen, analog zur Kantonsschule in Wil, die Schüler aus dem Hinterthurgau aufnehmen würde. Er sei der Auffassung, man müsse die Mittel im Bildungsbereich sehr überlegt einsetzen, wenn man sehe, was im Bildungsbereich für Investitionen anstehen würden. Die interkantonalen Hürden im Berufs- und Mittelschulwesen müssten reduziert werden.

**Der Präsident** geht weiter zum eingeschobenen Punkt auf der Traktandenliste, in welchem Werner Binotto, Kantonsbaumeister, das Projekt aufgrund der Pläne genauer vorstellt.

**Werner Binotto** erklärt das Projekt anhand der Pläne: Erdgeschoss, 1. Obergeschoss, 2. Obergeschoss, 3. Obergeschoss und Untergeschoss. Der Westtrakt und die Turnhalle würden bestehen bleiben, die Nebengebäude, die Musikzimmer im Erdgeschoss und der Eingangsbereich würden abgerissen werden. Der Grund für den Abriss dieser Bereiche sei, dass diese schlecht nutzbar und ökologisch nicht mehr verträglich seien. In der Fassade im 1. Obergeschoss werde die Lüftung untergebracht. Ein Gymnasialschüler in der Pubertät habe einen ganz anderen Bedarf als ein Primar- oder Sekundarschüler, was die Lüftung betreffe. Da die Klassenzimmer gegen Süden ausgerichtet seien, bestünde ohne Lüftung die Gefahr, dass einzelne Schüler kollabieren würden. Deshalb sei der Entscheid für eine Lüftung unabhängig von einem Minergie-Standard. Im 2. Obergeschoss befinde sich ein komprimierter Neubau. Im nördlichen Teil des 2. Obergeschosses seien die kleineren Musikzimmer, im südlichen Teil der Klassentrakt untergebracht. Im 3. Obergeschoss befinde sich der schlankste Teil. Die Gesamterschliessung im Untergeschoss, auch der betriebliche Verkehr, erfolge über die Karl-Völker-Strasse. Da das Schulhaus nicht richtig unterkellert sei und nur aus Stützen und Streifenfundamenten bestehe, müssten grössere Massnahmen getroffen werden. Es sei beim Bau des Schulhauses eine günstige Bauweise gewählt worden, die sie heute dazu zwingt, verhältnismässig grosse Investitionen zu tätigen. Man habe vor 30 Jahren am falschen Ort gespart. Trotzdem sei die Struktur des Schulhauses so gut, dass ein vollständiger Abbruch des Schulhauses nicht zur Diskussion stehe.

### 3. Besichtigung / Führung

**Thomas Bürkle** führt die Anwesenden zunächst an die nördliche Aussenfassade der Turnhalle. Untersuchungen hätten ergeben, dass sich der Leca-Beton aus den Achtzigerjahren in einem sehr schlechten Zustand befinde. Es bestünden vor allem statische Probleme, da im Bereich der Stützen Risse zu sehen seien. Der Garderobentrakt weise immer noch ungefähr 1,5 m vertikale Risse auf. Der Grund für diese Risse habe auch der Ingenieur nicht erklären können.

**Werner Binotto** ergänzt, dass Gebäude sei sehr niedrig gebaut worden und sei sehr verwinkelt. Ohne den Abbruch gewisser Teile würde eine grossflächige Oberflächennachsanie rung nötig werden, verbunden mit einem regelmässigen und aufwendigen Unterhalt.

In der Turnhalle zeigt **Thomas Bürkle** die eingebaute Küche, die aufgrund von Platzproblemen als Abstellraum genutzt werde. Die Turnhalle benötige einen dritten Turngeräteraum, wobei im Moment sogar nur ein Geräteraum zur Verfügung stehe, da der zweite Geräteraum als Kraft raum benötigt werde. In der Turnlehrergarderobe weist er auf die engen Platzverhältnisse hin, die keine Geschlechtertrennung in den Garderoben zulassen würden.

Anschliessend führt er die Anwesenden über den Velokeller zurück in das Schulhaus. Im heu tigen Veloraum seien schulische Räume (Werkraum, Musikraum) geplant, wofür aufwendige Abgrabungen notwendig seien.

**Werner Binotto** betont, in vielen früheren Bauten sei viel zu wenig Raumhöhe für die heutigen Bedürfnisse vorhanden. Man könne in diese Höhe durchaus unterrichten, ein Musikraum brau che nach oben aber 20 cm Absorb-Isolation und nach unten eine Isolation gegen die Wärme und die Feuchtigkeit von nochmals 20 bis 30 cm. Seine Erfahrung aus den letzten dreissig Jah ren Bautätigkeit sei, dass viel zu niedrig gebaut worden sei. Diese Problematik würde in den nächsten Jahren noch bei einigen Umbauprojekten auftreten.

Im Untergeschoss zeigt **Thomas Bürkle** den Werkraum, welcher weder den Arbeitnehme rschutz noch die Lüftungsvorschriften einhalten würde. Zudem bestünden Probleme mit der Beschallung und der Belichtung im Werkraum. Im 1. Obergeschoss zeigt er den Anwesenden ein Klassenzimmer, anschliessend die Provisorien und abschliessend das Chemiezimmer.

#### 4. Eintretensdiskussion mit Abstimmung

**Josef Dudli** führt im Namen der CVP-Fraktion aus, das Projekt sei ausgewiesen, wenn sie auch der Auffassung seien, die Kosten des Projektes seien mit 65 Mio. Franken ziemlich hoch. Die Entwicklung der Schülerzahlen und die Provisorien würden für sich sprechen. Im Bericht "Perspektiven der Mittelschule" vom 2. Oktober 2007 hätten sie zur Kenntnis genommen, dass die Geburtenrate etwas zurückgehe, die Maturitätsquote aber etwas steige. Die Maturitätsquo te in der Achse Rheintal/Werdenberg/Sargans liege sogar noch deutlich unter dem St.Galler Schnitt von 13,6 Prozent. Aus diesem Grund dürfe man in der ländlichen Umgebung die Matu ritätsquote nicht künstlich tief halten. Zwei willkommene Nebenaspekte bei einer allfälligen Sa nierung und einem Ausbau der Kanti Heerbrugg seien die Bedeutung der Kanti für den Stand ort Rheintal und eine Konjunkturförderung. Die CVP beantrage Eintreten auf die Vorlage.

**Eva Nietlispach Jaeger** gibt im Namen der FDP-Fraktion bekannt, die FDP sei für Eintreten auf die Vorlage, da der Handlungsbedarf nach dem Rundgang augenfällig geworden sei. Ihre Fraktion habe sich jedoch Gedanken gemacht, ob dieses schöne und stolze Projekt mit dem entsprechenden Preis nicht auch bescheidener zu realisieren wäre. Im Hinblick auf den scho nenden Umgang mit Energie zeige die Vorlage wenig Ehrgeiz. Die FDP sei klar der Meinung, dass man auf den Flachdächern des Schulhauses, die sich gut dafür eignen würden, eine So laranlage installieren sollte.

**Max Lemmenmeier** führt aus, in Krisen solle man ja bekanntlich in Bildung und Nachhaltigkeit investieren. Die Investition in die Bildung sei aus ihrer Sicht gut ausgewiesen. Die Investitionen in die Nachhaltigkeit könne man aber durchaus noch etwas ausbauen. Es sei ausserordentlich wichtig, dass die Schülerinnen und Schüler eine sehr gute Arbeitssituation auffinden würden, was ihre Leistungsfähigkeit steigern würde. Zudem sei für das Rheintal wichtig, endlich attrak tive Arbeitsplätze für die Lehrer zu schaffen, da die Kanti Heerbrugg immer wieder Probleme habe, gute Arbeitskräfte zu finden. Er bitte die Anwesenden, auf die Vorlage einzutreten.

**Meinrad Gschwend** nimmt vorweg, dass die Fraktion der Grünen und der EVP für Eintreten auf die Vorlage sei. Der Bedarf einer Sanierung und Umgestaltung der Kanti Heerbrugg sei schon lange ersichtlich und werde auch von niemandem in Frage gestellt. Der Teil der Bildung werfe aber Fragen auf, die zuerst sauber geklärt werden müssten, da es im vorliegenden Projekt um sehr viel Geld gehe. In den Unterlagen, die das Parlament erhalten habe, könne man nachlesen, dass die Schülerzahl auch im Mittelschulbereich rapide abnehme. Deshalb müsse sauber beantwortet werden, ob abgeklärt worden sei, ob in der Nähe bereits Schulraum zur Verfügung stehen würde, der nicht mehr benötigt werde. Bezüglich der Bauausführung finde man es sehr gut, dass mit Architektur sehr sorgfältig umgegangen werde. Er erlaube sich aber die Bemerkung, dass es dem Kanton gut zu stehen käme, vermehrt mit Holz zu arbeiten, was an der Kantonsschule in Wil vorbildlich umgesetzt worden sei. Die Vorlage bedürfe einer Verbesserung in ökologischer Hinsicht. Der Bau einer Photovoltaikanlage sei bereits angesprochen worden. Zudem sei die Chance verpasst worden, wärmetechnisch mit Holz etwas zu machen, da gerade dieser Standort im Rheintal dafür ideal wäre. Man dürfe nicht vergessen, dass das Auto weiterhin der grösste Energiefresser sei. Wenn man bei einem Neubau nicht Massnahmen treffe, um die Anreise mit dem Auto zu reduzieren, nütze die ganze Verbesserung der Gebäudehülle nichts.

**Roland Büchel** erwähnt, auch die SVP-Delegation sei für Eintreten. Die geplanten 64,5 Mio. Franken seien viel Geld, womit man auch 2/3 der ganzen AFG-Arena mit allen Bauten, Bauplandreserven und 6000 Personal kaufen könne. Ein Knackpunkt für die SVP seien sicher die geplanten Fr. 300'000.-- für Kunst am Bau sowie die 2 Mio. Franken für die Reserven.

**Regierungsrat Willi Haag** bedankt sich für die positive Würdigung der Vorlage als Ganzes. Wichtig sei bei dieser Grossvorlage, dass das Parlament mit allen Fraktionen hinter dieser Vorlage stehe. Aus seiner Sicht wäre es aber falsch, der Bevölkerung mitzuteilen, es koste 2 Mio. Franken weniger, da man dem Baudepartement die Reserven gekürzt habe. Er könne versichern, man werde nicht Geld ausgeben, das nicht benötigt werde. Zudem baue auch kein Privater ohne Reserven.

**Regierungsrat Stefan Kölliker** dankt den Anwesenden für die Wortmeldungen. Investitionen in die Bildung und die Region seien sinnvoll.

**Der Präsident** fragt nach weiteren Voten und stellt fest, dass dies nicht der Fall sei.

**Die Kommission beschliesst einstimmig, auf die Vorlage einzutreten.**

## 5. Spezialdiskussion

**Der Präsident** leitet zur Spezialdiskussion über.

*Zusammenfassung*

Keine Voten

### 1. Ausgangslage

Keine Voten

#### 1.1. Allgemeines

Keine Voten

##### 1.1.1. Entwicklung der Kantonsschule Heerbrugg

**Benedikt Würth** möchte wissen, wie die Situation der Mittelschulen in den Kantonen Appenzell Ausserrhoden und Innerrhoden aussehe. Aus seiner Sicht sei fraglich, ob die beiden Kantone je eine Kantonsschule führen müssten, wenn man die Einwohnerzahl der beiden Kantone betrachten würde. Es interessiere ihn, wie intensiv der Kontakt mit den beiden Kantonen gesucht werde.

**Christoph Mattle** führt aus, der Kanton St.Gallen habe mit mehreren Schulen bilaterale Abkommen. Daneben bestünden regionale Schulabkommen, in welchen der Schulbesuch über die Kantonsgrenzen hinweg generell erlaubt würde. Der Kanton Schwyz, mit welchem nur ein bilaterales Abkommen vereinbart worden sei, habe viel zu viele Mittelschulen. Am Zürcher Obersee würde es zwei Kantonsschulen geben, die ehemalige Privatschule Nuolen, welche heute zusammen mit Pfäffikon zur Kanti Ausserschwyz gehöre. Man überlege sich, ob man die Kanti Nuolen auflösen und auf Pfäffikon dislozieren möchte. Die Kanti Nuolen habe noch eine Bestandesgarantie bis ins Jahr 2015. Appenzell Ausserrhoden habe eine ganz spezielle Situation mit einer Kanti in Trogen, welche zwangsweise von allen Schülern des Kantons Appenzell Ausserrhoden besucht werden müsse, obwohl der Weg in eine Kanti in St.Gallen viel näher wäre. Appenzell Innerrhoden habe das Kollegium Appenzell, welche kantonalisiert worden sei. Die beiden Appenzell hätten immerhin untereinander ein Abkommen erzielt, das den Besuch der anderen Kantonsschule ermöglichen würde. Mit dem Kanton Thurgau habe man den gemeinsamen Bau der Kantonsschule Wil realisiert, die aber vollumfänglich dem Kanton St.Gallen gehöre. Zusätzlich bestünde ein kleines Abkommen mit der Kanti Romanshorn.

**Adrian Bachmann** ergänzt, das Kollegium Appenzell sei ein reines Gymnasium, der Kanton Appenzell Innerrhoden führe keine WMS und keine FMS, weshalb diese Schüler aufgrund der Distanz häufig nach Heerbrugg kommen würden. Seit Trogen ebenfalls eine FMS eröffnet habe, sei die Tendenz aber abnehmend. Diese Schüler seien im Kanton St.Gallen willkommen, da sie volles Schulgeld zahlen würden.

**Regierungsrat Stefan Kölliker** orientiert, er habe mit allen Bildungsdirektoren der Nachbar Kantone Gespräche geführt. Das Resultat sei aber teilweise ernüchternd gewesen, da einige Kantone nicht bereit seien, die Bildungsstrukturen zu konsolidieren.

**Der Präsident** fragt zuhanden des Protokolls, ob es Einwände gebe, dass Rektor Bertram Mogg an der Spezialdiskussion teilnehme und stellt fest, dass dies nicht der Fall sei..

#### *1.1.2. Regionale Bedeutung der Kantonsschule Heerbrugg*

Keine Voten

#### *1.1.3. Die Kantonsschule Heerbrugg als Tagesschule*

Keine Voten

#### *1.2. Entwicklung der Mittelschullehrgänge*

Keine Voten

#### *1.3. Entwicklung der Schülerzahlen*

**Meinrad Gschwend** kann nicht verstehen, weshalb in der Botschaft und dem Entwurf der Regierung vom 13. Januar 2009 die Entwicklung der Schülerzahlen nur bis ins Jahr 2008/2009 gehe. In einem früher an alle Mitglieder der vorberatenden Kommission zugestellten Bericht "Perspektiven der Mittelschule" vom 2. Oktober 2007 sei die Entwicklung sauber bis ins Jahr 2018/2019 skizziert worden.

**Regierungsrat Stefan Kölliker** führt aus, es sei immer schwierig, die Entwicklung der Schülerzahlen vorauszusehen. Er ergänzt, es gebe seit den letzten zwei Jahren die Tendenz, dass

die Geburtenzahl wieder steige. Dies zeige, dass man die prognostizierte Entwicklung der Schülerzahlen nicht überbewerten dürfe, da sich die Entwicklung sehr schnell ändern könne. Eine Erkenntnis der letzten Monate sei, dass viele Schüler eigentlich die intellektuellen Voraussetzungen für eine Mittelschule erfüllen würden, sich aber bereits früh für eine andere Laufbahn entscheiden würden. Es sei ein Ziel, diese Schüler auch in die Mittelschule zu bringen. Ein zusätzliches Potenzial an Schülern für die Mittelschule, welches bisher noch nicht berücksichtigt worden sei, sei somit durchaus noch vorhanden. Zudem erachte man die Situation im Rheintal als sehr stabil, auch was die Entwicklung der Schülerzahlen angehe.

**Meinrad Gschwend** bedankt sich bei Regierungsrat Stefan Kölliker für die interessanten Ausführungen, ergänzt aber, ihn interessiere, wieso in der Botschaft die Entwicklung der Schülerzahlen nur bis ins Jahr 2008/2009 skizziert worden sei.

**Regierungsrat Stefan Kölliker** antwortet, man könne diese Statistik selbstverständlich ergänzen.

**Der Präsident** schlägt vor, dass man diese Statistik dem Protokoll beilegen würde. (siehe Anhang 1)

**Eva Nietlisbach Jaeger** findet, die Ausführungen zur Maturitätsquote seien für sie etwas zu vage gewesen. Sie habe das Gefühl, die Maturitätsquote könne zu einer Manövriermasse werden, um die sinkenden Schülerzahlen zu kompensieren.

**Regierungsrat Stefan Kölliker** betont, eine PISA-Studie habe das zusätzliche Potential an Mittelschülern klar aufgezeigt. Die Eltern oder das ländliche Gebiet könnten Gründe dafür sein, dass ein Schüler die Mittelschule nicht besuchen wolle, obwohl er die intellektuellen Voraussetzungen dazu mitbringen würde. Er wolle die Maturitätsquote aber in keinster Weise künstlich hochhalten.

**Helga Klee-Rohner** ist der Auffassung, die Entwicklung der Schülerzahlen sei vorliegend zentral. Es sei unbestritten, dass weniger Schüler vorhanden seien als noch vor 10 Jahren. Es werde ein Gerangel um die Schulabgänger geben, da allein der Arbeitgeberverband im Einzugsgebiet Rheintal 1'300 Arbeitsplätze für Lehrende anbieten würde. Man dürfe dieser PISA-Studie nicht blind vertrauen. Aus ihrer Sicht sei auch die Berufsmatura eine gute Ausbildungsmöglichkeit und nicht nur die Mittelschule.

**Regierungsrat Stefan Kölliker** wolle nicht die Qualität an den Mittelschulen senken, um die Maturitätsquote hoch zu halten. Er rede von einer Steigerung der Maturitätsquote von maximal 2 Prozent.

**Werner Ritter** führt aus, bezüglich der Geburtenrate und der Anzahl auszubildenden Schüler in der Volksschule bestehe eine Korrelation. Bezüglich der auszubildenden Anzahl Mittelschüler habe man aber viele weiche Faktoren (Entwicklung der Wirtschaft, Maturitätsquote, Entwicklung des Bildungssystems). Aus diesem Grund könne man wohl qualitative Aussagen bezüglich der Entwicklung der Schülerzahl an Mittelschulen machen. Mit der Skizze über die Entwicklung der Schülerzahlen bis ins Jahr 2018/2019 dürfe aber nicht eine Scheingenaugigkeit erzielt werden.

**Jeanette Schlegel** betont, für sie als Vertreterin der Wirtschaft sei es wichtig, auch gute Schulabgänger zu finden, die eine Lehre absolvieren möchten. Sie möchte vom Bildungsdepartement wissen, ob Bestrebungen geplant seien, den Schülern in der Oberstufe auch eine Lehre schmackhaft zu machen.

**Regierungsrat Stefan Kölliker** antwortet, ihm persönlich sei die Berufslehre genauso wichtig wie eine Mittelschulbildung. Es werde ein Gerangel um die Schulabgänger geben, weshalb es die Aufgabe des Bildungsdepartementes sei, jeden Schülern auf den für ihn richtigen Weg zu bringen.

**Elsbeth Schrepfer-Bernath** unterstützt Regierungsrat Stefan Kölliker in seiner Aussage, die Berufslehre werde keinesfalls vernachlässigt. Aus ihrer Erfahrung in der Praxis wisse sie, dass eine Berufslehre sehr attraktiv sei, insbesondere mit der BMS als Ergänzungsmöglichkeit. Es sei eher so, dass Sekundarlehrer die geeigneten Schüler ermuntern müssten, die Kantiaufnahmeprüfungen zu absolvieren.

**Regierungsrat Willi Haag** kommt auf die Kernfrage von Meinrad Gschwend zurück. Als Vorschlag zur Güte schlage er vor, dass die Skizzen mit der Entwicklung der Mittelschülerzahlen dem Protokoll beigelegt werden. Zusätzlich sei das Bildungsdepartement eingeladen, in der Abstimmungsvorlage für das Volk die Zahlen mit der Entwicklung der Mittelschülerzahlen zu aktualisieren. Das Baudepartement baue die Schulanlage langfristig und zeitgemäss nach den heutigen Bedürfnissen. Man könne zudem der Bevölkerung erklären, nach den neuesten Trends habe man eine kleine Reserve für eine allfällige Schülerzahländerung eingeplant.

**Christoph Mattle** führt aus, im Bericht der Regierung "Perspektiven der Mittelschule" vom 2. Oktober 2007 sei von einer Maturaquote ausgegangen worden, die jährlich um 0.15 Prozent steigen würde, was aber keinesfalls wissenschaftlich erhärtet sei. Man könne diese Zahlen dem Protokoll beilegen, er würde es aber niemals wagen, diese Prognosen dem Volk zu zeigen. Im Bildungsdepartement gelte das Prinzip des "Freien Marktes", niemand würde je eine Maturaquote definieren. Auch in Altstätten habe man für den heutigen Bestand an Schüler gebaut, da man von einem leichten Rückgang der Demographie und einer leichten Steigung der Maturitätsquote ausgegangen sei.

**Der Präsident** ist der Auffassung, man müsse für die Abstimmung Unterlagen bereitstellen, die über das Jahr 2008 hinausgehen würden.

**Benedikt Würth** meint, die Ausführungen im Perspektivbericht müssten den Mitgliedern der vorberatenden Kommission nochmals zugestellt werden, da dies für die anstehende Kommunikation und auch das Abstimmungsbüchlein wesentlich sei. Die Frage der Demographie müsse heutzutage sehr einlässlich begründet werden, da in den Köpfen der Bevölkerung verankert sei, dass die Schülerzahl stetig sinken würde.

#### *1.3.1. Entwicklung der Maturitätsquote*

Keine Voten

#### *1.3.2. Entwicklung der Geburtenzahlen*

**Meinrad Gschwend** kritisiert eine unsaubere Darstellung in der Botschaft. Der Artikel vom 17. Oktober 2008 aus der NZZ, in der Botschaft in Fussnote 5, habe mit Bildung rein gar nichts zu tun. Im erwähnten Artikel gehe es um die Initiative der Werdenberger für die Vorfinanzierung der öffentlichen Verkehrsmittel.

**Christoph Mattle** entgegnet, in der Botschaft habe man belegen wollen, dass das Rheintal floriere. Man hätte auch Studien der IHK oder andere Berichte anfügen können, man habe aber die NZZ als geeignet empfunden.

#### *1.4. Arbeitssituation für Lehrkräfte*

Keine Voten

#### *1.5. Bauliche Situation*

Keine Voten

### 1.5.1. Grundstück

Keine Voten

### 1.5.2. Bauten

**Helga Klee-Rohner** möchte wissen, ob vereinbart worden sei, was die Vereine für die Benutzung der Turnhalle für Abendunterhaltungen zu bezahlen hätten.

**Christoph Mattle** führt aus, es gebe dazu einen Tarif, der für jedermann einsehbar sei, wobei die Schule einzelfallweise in diesem Richttarif handlungsfähig sei.

**Thomas Bürkle** bestätigt, es sei vereinbart, dass die Kantonsschule, im Rahmen des von Christoph Mattle erwähnten Nutzungstarifs, sowohl für Sport- wie auch für kulturelle Vereine zur Verfügung gestellt werde.

**Benedikt Würth** möchte wissen, ob Vorkehrungen getroffen worden seien, um die Naturwissenschaften an den Mittelschulen wieder attraktiver zu gestalten.

**Christoph Mattle** antwortet, es sei ein zweigliedriges Programm vorhanden, dass die Naturwissenschaften beliebter machen möchten. Der erste Teil sei die MAR-Revision, bei welcher die drei wissenschaftlichen Fächer wieder einzeln gewertet und somit aufgewertet würden. Zweitens habe der Kanton St.Gallen ein Programm zur Förderung der Naturwissenschaften beschlossen, welches momentan in der Vernehmlassung sei. Darin würden mehrere Lektionen für praxisbezogenen Unterricht aufgewendet.

**Benedikt Würth** fragt nach, ob auch eine Zusammenarbeit mit der Hochschule Buchs geplant sei.

**Christoph Mattle** ergänzt, sämtliche Zusammenarbeiten in der Region, auch mit Firmen, seien Themen dieses Programms.

## 2. Bedürfnisse

Keine Voten

### 2.1. Betriebliche Bedürfnisse

Keine Voten

#### 2.1.1. Verändertes Lehr-Lernverständnis

Keine Voten

#### 2.1.2. Folgen aus dem veränderten Lehr-Lern-Verständnis

Keine Voten

### 2.2. Räumliche Bedürfnisse

**Herbert Huser** betont, er sei beruflich ebenfalls in diesem Metier tätig, weshalb er die Unterlagen zum Bauvorhaben relativ gut interpretieren könne. Er stelle fest, dass in dieser Vorlage die gesamte Nettofläche von 6'421 m<sup>2</sup> auf 12'500 m<sup>2</sup> ausgebaut werde, was einer Zunahme von 94 Prozent entspreche. Im Kantonsratsbeschluss auf Seite 12 sei klar umschrieben, es werde von 6'700 m<sup>2</sup> auf ca. 9'000 m<sup>2</sup> ausgebaut, was lediglich einer Zunahme um 40 Prozent entspreche und seiner Meinung nach auch angemessen wäre. Diese Vorlage umfasse nun die 12'500 m<sup>2</sup>. Der Neubau des Bildungszentrums Rorschach-Rheintal als Vergleich umfasse

18 Klassenzimmer und koste 24 Mio. Franken. An der Kanti Heerbrugg würden 12 zusätzliche Zimmer für rund 50 Mio. Franken gebaut werden, ohne Berücksichtigung der Sanierung. Somit stimme für ihn das ganze Verhältnis nicht. Er könne sich vorstellen, dass es gegen diesen überrissenen Raumanspruch Opposition gebe. Er habe vor der Sitzung zusätzlich das Raumprogramm der Kanti Heerbrugg angefordert, welches eigenartigerweise von 93 auf 11 Seiten und von 22 Megabyte auf 2 geschrumpft sei. In dieser Analyse habe man lediglich analysiert, was heute schon bestehen würde. Es fehle ihm, was den Unterschied zwischen den heutigen 6'421 m<sup>2</sup> und den zukünftigen 12'500 m<sup>2</sup> darstellen würde.

**Thomas Bürkle** führt aus, die bestehende Schulanlage des Westtrakts habe heute eine bestehende Fläche von 5'900 m<sup>2</sup>. 7'457 m<sup>2</sup> der bestehenden Schulanlage würde abgebrochen werden. Die Provisorien hätten eine Fläche von 653 m<sup>2</sup>. Dies gebe ein Total von 14'000 m<sup>2</sup> bestehende Schulraumfläche. Der neue Westtrakt habe eine Fläche von 6'421 m<sup>2</sup>, im Neubau entstehe 12'458 m<sup>2</sup>, somit ein Flächenzunahme von insgesamt 4'866 m<sup>2</sup> oder 35 Prozent. Das Volumen steige um 34 Prozent.

**Herbert Huser** bemerkt, im Kantonsratsbeschluss stehe aber auf Seite 12 oben, die Schulanlage werde von rund 6'700 m<sup>2</sup> auf eine Nettonutzfläche von rund 9000 m<sup>2</sup> erweitert. Somit könnten die Zahlen in diesem Beschluss nicht stimmen.

**Werner Binotto** ergänzt, bei diesen Zahlen handle es sich um die Vorgaben des Wettbewerbs, in der Botschaft liege aber die Weiterentwicklung des Projekts vor. Die Nettonutzfläche meine ausschliesslich die Haupträume. Er räumt ein, man müsse die Zahlen genauer definieren, damit klarer sei, dass sich die Zahlen ausschliesslich auf den Wettbewerb beziehen würden. Es sei offen, ob man die Nettonutzfläche falsch verstehe.

**Thomas Bürkle** führt dazu aus, man brauche im Rahmen des Wettbewerbs gemäss SIA 416 nur die reine Fläche für Klassenzimmer (Hauptnutzflächen).

Gemäss **Herbert Huser** ist es Tatsache, dass für 48 Mio. Franken 12 Schulzimmer gebaut würden.

**Werner Binotto** stimmt dem nicht zu, da zusätzlich Volumen abgerissen werde, das nicht optimal sei.

**Regierungsrat Willi Haag** führt aus, für die bestehenden Differenzen zwischen Architekturwettbewerb und Vorlage werde im Protokoll eine Erklärung abgegeben und die Berechnungen dem Protokoll beigelegt (Anhang 2). Es erstaune ihn, dass man den Neubau Altstätten mit dem vorliegenden Projekt, in dem man viel abbrechen und neu bauen müsse, kostenmässig vergleiche.

**Herbert Huser** erklärt, es wäre wünschenswert gewesen, dass diese Zahlen bereits im Vorfeld bekannt gewesen wären, da sie für das Projekt relevant seien.

**Werner Binotto** stellt fest, dass bei allen öffentlichen Bauten mit 25 bis 35 Prozent Nebenflächen gerechnet werden müsse.

### 2.3. *Bauliche Bedürfnisse*

Keine Voten

#### 2.3.1. *Westtrakt*

Keine Voten

#### 2.3.2. *Turnhallentrakt*

Keine Voten

### *2.3.3. Lüften und Kühlen von Hauptnutzflächen*

Keine Voten

### *2.3.4. Altlastensanierung*

**Der Präsident** möchte wissen, wie genau die Vorprüfungen nach Altlasten durchgeführt worden seien und ob man davon ausgehen könne, dass der dafür vorgesehene Betrag ausreichen würde.

**Thomas Bürkle** antwortet, man habe eine spezialisierte Firma beauftragt, nach Altlasten zu suchen. Man habe auch Altlasten gefunden, der Betrag reiche aber für die Sanierung aus.

## *3. Bauvorhaben*

Keine Voten

### *3.1. Architekturwettbewerb*

Keine Voten

### *3.2. Bauprojekt*

Keine Voten

#### *3.2.1. Ortsbauliche Situation*

Keine Voten

#### *3.2.2. Neubau*

Keine Voten

#### *3.2.3. Sanierung Westtrakt*

Keine Voten

#### *3.2.4. Sanierung Turnhalle*

Keine Voten

#### *3.2.5. Tragstruktur und Erdbebensicherheit*

Keine Voten

#### *3.2.6. Geologie*

**Der Präsident** bemerkt, dass die Last auf die alten, bestehenden Pfähle abgestellt werde. Er fragt, ob neue Pfähle notwendig seien und ob man das Setzungsverhalten der alten mit den neuen Pfählen unter Kontrolle habe

**Werner Binotto** bejaht, dass dies sehr anspruchsvoll sei. Zum jetzigen Zeitpunkt bestünden keine Probleme, es sei ihm aber bewusst, dass gewisse Probleme erst während dem Bau ersichtlich würden. Dies sei auch ein Grund für die eingeplanten 2 Mio. Franken Reserven.

### 3.2.7. Behindertengerechtigkeit

Keine Voten

### 3.2.8. Brandschutz

Keine Voten

### 3.2.9. Umgebung

Keine Voten

### 3.2.10. Materialisierung

**Benedikt Würth** fragt sich, ob mit der Aula und dem Mehrzweckraum dasselbe gemeint sei. Zusätzlich stellt er die Frage, ob die Aula flächenmässig ausgebaut werde.

**Werner Binotto** bestätigt, dass es sich bei der Aula und dem Mehrzweckraum um dasselbe handle.

**Thomas Bürkle** führt aus, die bestehende Aula sei flächenmässig zu klein, weshalb sie erweitert und die Akustik verbessert werde. Die Turnhalle, welche ebenfalls als Mehrzweckhalle benützt werden könne, werde aber als Turnhalle ausgebaut.

**Benedikt Würth** stellt die Anschlussfrage, ob an den Ausbau der Anlage Beiträge durch die Standortgemeinden geleistet würden.

**Werner Binotto** führt aus, dass keine Standortbeiträge vorgesehen seien. Die Bühne in der Turnhalle werde neu nicht mehr erstellt, da sie auch nicht mehr benötigt würde. Die Aula werde keiner grossen Drittnutzung zugeführt.

**Bertram Mogg** ergänzt, es würden immer wieder Veranstaltungen stattfinden, die von der Einrichtung her anspruchsvoller seien und in der Aula durchgeführt würden.

**Benedikt Würth** bemerkt, die neue Turnhalle sei vom Standard her mit der bestehenden Turnhalle nicht vergleichbar, was einer Aufwertung für Heerbrugg entsprechen würde.

**Christoph Mattle** ergänzt, Heerbrugg habe zu Beginn des Projekts geäussert, sie würden einen Stadtsaal wünschen. Ihre Wünsche seien somit nicht vollumfänglich erfüllt worden.

**Werner Binotto** gibt zu bedenken, die Schule benötige die drei Turnhallen für den Schulsport und nicht für die Vereine. Zudem verfüge Widnau bereits über einen Stadtsaal. Er sei nicht der Auffassung, dass man in der Kanti Heerbrugg einen Stadtsaal für das Mittelrheintal generieren müsse.

**Der Präsident** schlägt vor, Mittagspause zu machen und in einer Stunde mit der Sitzung fortzufahren.

## 3.3. Haustechnik, Energie und Ökologie

Keine Voten

### 3.3.1. Konzept Haustechnik

**Meinrad Gschwend** erwähnt, man habe zu Beginn des Projekts die Chance verpasst, mit Holz zu wärmen. Die vorgeschlagene Variante mit der Wärmepumpe sei sicher ökologisch in Ord-

nung, eine Wärmepumpe brauche aber relativ viel Strom. Die Vorbildfunktion des Kantons könne man wahrnehmen, indem man den Strom, der die Wärmepumpe benötigen würde, selber auf dem Dach des Schulhauses mit einer Photovoltaikanlage herstellen würde, wie dies auch in Altstätten der Fall sei. In diesem Sinne wolle er denn Antrag stellen, dass die Vorlage mit einer Photovoltaikanlage ergänzt werde, die genau den Strom herstelle, den die Wärmepumpe benötigen würde.

**Eva Nietlispach Jaeger** stellt ebenfalls den Antrag, eine Solaranlage oder Photovoltaikanlage auf dem Dach des Schulhauses zu installieren, ohne allerdings vorgängig festlegen zu wollen, wie viel Energie sie erzeugen müsste.

**Thomas Bürkle** erwähnt, man wolle den Standard Minergie 2010 erreichen, dessen Vorschriften ab dem Jahr 2010 gelten würden. Dafür sei eine gute Wärmedämmung nötig. Die Grundlastheizung werde mit Erdsonden erzielt. Erdsonden hätten gegenüber Holz den Vorteil, dass man im Sommer garantierte 2 Grad kühlen könne. Der Wärmeverbund sei erst an sie herantreten, als das Projekt schon relativ weit fortgeschritten sei. Um diesem Wärmeverbund beitreten zu können, sei eine zusätzliche Dämmung des Gebäudes notwendig. Das Brauchwarmwasser werde bereits mit der Abwärme der Kühlung, die für die Mensa benötigt werde, vorgewärmt. Es mache keinen Sinn, eine Solaranlage auf das Dach zu bauen, da diese Energie vernichtet werden müsste, da bereits die Abwärme der Kühlung ausreiche. Eine Photovoltaikanlage von 500'000.-- Franken sei nicht wirtschaftlich. Wenn man die Leistung der Photovoltaikanlage nicht kostendeckend ins Netz einspeisen könne, werde die Anlage nie wirtschaftlich, da die Herstellung sehr teuer sei.

**Helga Klee-Rohner** betont, die Signalwirkung einer Photovoltaikanlage auf einem Schuldach sei richtungsweisend, auch im Hinblick auf die Bestrebungen im Rheintal, das Label Energiestadt im Jahr 2012 überreicht zu bekommen. Die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand sei nicht wegzudiskutieren. Sie frage sich zusätzlich, ob der Anschluss an die Fernwärmeheizung möglich sei. Wenn die Voraussetzungen zum Zeitpunkt der Entscheidung stimmen würden, stelle sie den Antrag, sich dieser Fernwärmeheizung anzuschliessen und die Erdsonde nur für die Kühlung einzusetzen.

**Werner Binotto** führt aus, in Altstätten habe man das Vorgehen mit dem Wärmeverbund unterstützt, schlussendlich sei man aber alleine dagestanden. Er erwähnt, heizen sei heutzutage kein Problem mehr. Problematisch sei der Sommer mit massiv überhitzten Gebäuden. Es sei ihm ein Anliegen, die Technologien in der Wechselwirkung warm und kalt benutzen zu können. Sollte man dem Wärmeverbund beitreten, habe dies Mehrkosten zur Folge, da man Erdsonden für die Kühlung und die Erwärmung sowie die Wärme des Verbundes zur Verfügung hätte. Er wehre sich in keinster Weise gegen eine Photovoltaikanlage, es sei aber wichtig, einen Grundsatzentscheid zu treffen, wie man zukünftig mit Energie in den grossen Gebäuden umgehen wolle.

**Andreas Eggenberger** bittet die Anwesenden, den Antrag von Meinrad Gschwend, Eva Nietlispach Jaeger und Eva Klee-Rohner zu unterstützen. Diese Anlagen würden sich im Moment noch in der Entwicklungsphase befinden, in zwei Jahren seien die Anlagen aber wieder um einiges besser.

**Werner Ritter** habe mit Freude festgestellt, dass das Baudepartement ein energetisch sinnvoller Vorschlag gemacht habe. Mit einer guten Isolierung vermeide man Energieverbrauch, zudem sei die Erdsondenwärmepumpe eine zukunftsgerichtete Lösung. Deshalb sei er der Auffassung, dass man der vorgelegten Vorlage zustimmen solle. Er frage sich, ob eine Photovoltaikanlage für 500'000.-- Franken zu reinen Werbezwecken sinnvoll sei. Er wisse auch, wieso in Altstätten der Wärmeverbund nicht funktioniert habe. Er sitze im Verwaltungsrat einer der Grossbezüger, bei denen man festgestellt habe, dass man in öffentlichen Gebäuden für mehrere hunderttausend Franken nicht abgeschriebene Heizanlagen hätte vernichten müssen, um einen symbolischen Akt setzen zu können.

**Helga Klee-Rohner** erwidert Werner Ritter, die Photovoltaikanlage sei nicht einfach ein Werbegag, sondern eine Rücksichtnahme auf die Natur.

**Herbert Huser** möchte wissen, ob die Option Grundwasser anstelle von Erdsonden auch geprüft worden sei.

**Thomas Bürkle** bejaht dies, führt aber aus, das Grundwasser in diesem Gebiet habe starke Ausflockung mit relativ viel Eisen, weshalb die Option Grundwasser nicht funktionieren könne. Die Grundwasserfassung wäre aus seiner Sicht die Wunschlösung gewesen, da eine stärkere Kühlung möglich gewesen wäre.

**Max Lemmenmeier** widerspricht Werner Ritter, es handle sich nicht um einen Werbegag. Eine Photovoltaikanlage auf einem Schulhaus habe eine enorme Breitenwirkung. Man wisse nicht, wie sich die Energiepreise entwickeln würden, wobei eher von einer Erhöhung auszugehen sei. Er bitte deshalb, den Antrag von Meinrad Gschwend zu unterstützen.

**Roland Büchel** ist der Auffassung, es mache keinen Sinn, ein Zeichen zu setzen, das ökonomisch alles andere als sinnvoll sei.

**Der Präsident** fragt, ob die 500'000.-- Franken für eine Photovoltaikanlage in etwa den Vorstellungen der Antragsteller entsprechen würden.

**Meinrad Gschwend** wiederholt, in seinem Antrag gehe es lediglich darum, den Strom, den die Wärmepumpe verbrauchen würde, durch eine Photovoltaikanlage herzustellen.

**Der Präsident** möchte wissen, ob man eine Aussage machen könne, wie viel Strom eine Photovoltaikanlage für 500'000.-- Franken erzeugen könnte.

**Thomas Bürkle** antwortet, eine solche Aussage sei nicht möglich. Man habe lediglich die Photovoltaikanlage in Altstätten als Vergleich genommen und festgestellt, bei der Grösse des Schulhausdaches der Kanti Heerbrugg würden sich die Kosten auf ungefähr 500'000.-- Franken belaufen.

**Der Präsident** stellt die Frage, ob es möglich sei, auf die Session hin den Antrag zu ergänzen, was eine Photovoltaikanlage von 500'000.-- Franken für eine Leistung erbringe könnte.

**Regierungsrat Willi Haag** betont, er sei begeistert von den Energiestädten, da eine Behörde nicht alleine Energiestadt werden könne, sondern die ganze Bevölkerung, die Schulen und die Unternehmen dafür benötigen würde. Zudem beziehe sich die Energiestadt nicht nur auf die Beleuchtung und die Heizung, sondern auch auf den Betrieb der Maschinen, den öffentlichen Verkehr und vieles mehr. Man wolle die Vorbildfunktion des Kantons im Energiebereich wahrnehmen, sei aber trotzdem verpflichtet, auch den ökonomischen Aspekt zu berücksichtigen. Die Zahlen für eine Photovoltaikanlage würden im Protokoll ergänzt werden. Das gelbe Blatt, welches die Möglichkeiten einer Photovoltaikanlage aufzeigen würde, solle bis zu den Fraktionssitzungen ausgearbeitet werden (Anhang 3).

**Der Präsident** schlägt vor, den Antrag Meinrad Gschwend, Eva Nietispach Jaeger, Helga Klee-Rohner für eine Photovoltaikanlage von maximal 500'000.-- Franken zur Abstimmung zu bringen. Er bitte das Baudepartement, die genaue Formulierung, in ähnlicher Weise wie in Altstätten, im gelben Blatt vorzuschlagen.

**Die vorberatende Kommission stimmt dem Antrag mit 8 zu 7 Stimmen zu.**

**Der Präsident** fragt, ob Helga Klee-Rohner an ihrem Antrag bezüglich Beitritt zum Wärmeverbund festhalte.

**Helga Klee-Rohner** führt aus, es sei eigentlich eine Empfehlung.

**Regierungsrat Willi Haag** führt aus, man werde diese Empfehlung entgegennehmen und die Gespräche weiterführen. Sollte eine sinnvolle Lösung möglich sein, müsse die Regierung die Kompetenz haben, die Änderung am Projekt beschliessen zu können.

**Benedikt Würth** fragt, wie das Verfahren mit dem gelben Blatt ablaufe.

**Der Präsident** betont, der Inhalt des gelben Blattes solle folgenden Inhalt umfassen: "Auf dem Schulhausdach soll eine Photovoltaikanlage erstellt werden. Die Anlage wird rund... kWpeak erzeugen, was in der Region Rheintal rund ... kWh pro Jahr Energietage entspreche. Damit kann rund .. der benötigten Energie der Erdsondenwärmepumpe bzw. 1/3 der benötigten Energie für die Beleuchtung gedeckt werden. Die Mehrkosten für diese Zusatzinvestition betragen 500'000.-- Franken." Die offenen Zahlen würden durch das Baudepartement ergänzt werden.

**Regierungsrat Willi Haag** erläutert, das gelbe Blatt habe Konsequenzen auf den Kostenvoranschlag und den Kredit.

**Der Präsident** führt aus, der Beitritt zum Wärmeverbund werde im laufenden Projekt weiter abgeklärt. Falls eine bessere Lösung absehbar sei, sei dies für ihn eine Projektanpassung, über welche in der Botschaft geschrieben sei: "Die Regierung wird ermächtigt, im Rahmen des Kostenvoranschlages Änderungen am Projekt zu beschliessen, soweit diese aus betrieblichen oder architektonischen Gründen notwendig sind...."

**Der Präsident** lässt erneut über den Antrag Meinrad Gschwend, Eva Nietlispach Jaeger, Helga Klee-Rohner für eine Photovoltaikanlage von maximal 500'000.-- Franken abstimmen.

**Die vorberatende Kommission stimmt dem Antrag mit 8 zu 7 Stimmen zu.**

### *3.3.2. Energie, Ökologie*

Keine Voten

### *3.4. Provisorien während der Bauausführung*

Keine Voten

### *4. Baukosten und Kreditbedarf*

**Der Präsident** macht beliebt, dass man unter diesen Punkten auch die zusätzlichen Unterlagen des Kostenvoranschlages behandeln solle.

#### *4.1. Kostenvoranschlag*

**Roland Büchel** stellt den Antrag, BKP 9 (Ausstattung) um 200'000.-- Franken zu reduzieren. Dies betreffe die Position "Kunst am Bau", welche nicht wie vorgesehen 300'000.-- Franken sondern höchstens 100'000.-- Franken beinhalten dürfe. Er begründe dies mit der Interpellation Colombo Rapperswil vom 20. September 2004, in welcher ausgeführt worden sei, für Kunst am Bau werde zwischen 0,25 und 0,9 Prozent der Bausumme aufgewendet.

**Regierungsrat Willi Haag** führt aus, bis vor einigen Jahre habe man jeweils einen Prozentsatz für Kunst an Bauten eingesetzt, die als stille Reserven behandelt worden seien. Wenn ausreichend Geld vorhanden gewesen sei, habe man Kunst an Bauten realisiert. Es sei aber nicht sinnvoll, einen Prozentsatz für Kunst an Bauten festzulegen, da man ein Kunstwerk immer in Franken bezahlen würde. Seither sei mit dem Departement des Innern vereinbart, dass ein sinnvoller Betrag eingesetzt werde. Ob man Kunst am Bau wolle, sei eine Einstellungsfrage. Er

empfehle, dass man diese Gewohnheit und Unterstützung der Kunstbranche auch im Rheintal weiterführen sollte.

**Die vorberatende Kommission lehnt den Antrag mit 5 zu 10 Stimmen ab.**

**Werner Binotto** weist darauf hin, dass im Kostenvoranschlag der Ostschweizer Baukostenindex aufgeführt worden sei, welcher 122,3 Punkte, Basis Oktober 1998 betrage. Üblicherweise würde das Hochbauamt aber den Schweizerischen Baukostenindex benutzen. Er mache den Vorschlag, dass man den Index ändere, womit er auf 121,5 Punkte, Basis Oktober 1998, zu liegen käme.

**Der Präsident** schlägt vor, er werde diese Änderung im Eintretensreferat erwähnen, sofern er von der vorberatenden Kommission damit beauftragt werde.

#### *4.2. Erläuterungen zu den einzelnen Positionen*

Keine Voten

#### *4.3. Parameter und Kennzahlen*

Keine Voten

#### *4.4. Wertvermehrende Aufwendungen*

**Der Präsident** ist der Auffassung, der Anteil wertvermehrender Aufwendungen sei gegenüber dem Anteil der werterhaltenden Massnahmen grösser als in der Botschaft ausgeführt. Er frage sich, ob dies finanzpolitische Auswirkungen habe, sollte der tatsächliche Anteil falsch bestimmt worden sein.

**Regierungsrat Willi Haag** erläutert, es habe keine Auswirkungen auf das Finanzreferendum. Der Anteil möge auf den ersten Blick erstaunen, da der Westtrakt stehen bleibe. Ein Rückbau und anschliessender Neubau sei aus seiner Sicht ein Mehrwert.

#### *4.5. Bauteuerung*

**Der Präsident erwähnt**, es werde wiederum der Ostschweizer Baupreisindex in den Schweizerischen Baupreisindex umgeändert.

#### *5. Betriebs- und Unterhaltskosten*

Keine Voten

##### *5.1. Betriebskosten*

Keine Voten

##### *5.2. Unterhaltskosten*

Keine Voten

##### *5.3. Jährlich wiederkehrende Kosten*

**Eva Nietlispach Jaeger** möchte wissen, wie sich der grosse Anstieg der Betriebskosten erklären lasse. Die bessere Isolierung und der Verzicht auf die Provisorien müssen ihrer Ansicht nach eher zu einer Abnahme der Betriebskosten führen.

**Thomas Bürkle** führt aus, die neue, vergrösserte Mensa und die Kühlung würden eine grosse Leistung benötigen. Einen grossen Anteil am Anstieg der Betriebskosten verursache auch die Lüftung.

**Helga Klee-Rohner** kann sich nicht erklären, weshalb die Reinigungskosten trotz grösserer Schulhausfläche nicht steigen würden.

**Werner Binotto** antwortet, das Schulhaus sei neu leichter zugänglich und besser erschlossen, was die Reinigungsarbeiten erleichtern würde.

**Meinrad Gschwend** weist darauf hin, dass die Betriebskosten sehr wohl steigen könnten. Dies führe dazu, dass eine Fotovoltaik mittel- und langfristig auch ökonomisch sinnvoll sein könne.

#### 6. Finanzreferendum

Keine Voten

#### 7. Antrag

Keine Voten

### 6. Rückkommen

Es werden keine Rückkommen gewünscht.

### 7. Schlussabstimmung

**Der Präsident** ändert Ziff. 1 und Ziff. 2 Abs. 1 analog des Antrags Meinrad Gschwend, Eva Nietlispach Jaeger, Helga Klee-Rohner und geht die Ziff. 1 bis 5 des Kantonsratsbeschlusses über Sanierung und Erweiterung der Kantonsschule Heerbrugg einzeln durch.

1. Projekt und Kostenvoranschlag von Fr. 65'034'000.-- für Sanierung und Erweiterung der Kantonsschule in Heerbrugg werden genehmigt.

Keine Anmerkungen

2. Zur Deckung der Kosten wird ein Kredit von Fr. 65'034'000.-- davon Fr. 52'714'000.-- wertvermehrende Aufwendungen, gewährt.

Der Kredit wird der Investitionsrechnung belastet und ab dem Jahr 2010 innert zehn Jahren abgeschrieben.

Keine Anmerkungen

3. Über Nachtragskredite für Mehrkosten, die auf ausserordentliche, nicht vorhersehbare Umstände zurückgehen, beschliesst der Kantonsrat endgültig.

Mehrkosten infolge ausgewiesener Teuerung sind nicht zustimmungsbedürftig.

Keine Anmerkungen

4. Die Regierung wird ermächtigt, im Rahmen des Kostenvoranschlags Änderungen am Projekt zu beschliessen, soweit diese aus betrieblichen oder architektonischen Gründen notwendig sind und das Gesamtprojekt dadurch nicht wesentlich umgestaltet wird.

Keine Anmerkungen

5. Dieser Erlass untersteht dem obligatorischen Finanzreferendum.

Keine Anmerkungen

**Die vorberatende Kommission stimmt der Vorlage unter Berücksichtigung der Änderungen und des gelben Blattes mit 14 zu 1 Stimmen zu.**

## 8. Varia

**Der Präsident** fragt, ob eine Pressemitteilung gewünscht werde.

**Helga Klee-Rohner** ist der Auffassung, es sei wichtig, eine Pressemitteilung zu verfassen, da die Einwohner im Rheintal auf einen positiven Entscheid warten würden.

**Der Präsident** stimmt darüber ab, ob eine Pressemitteilung gewünscht werde.

**Die vorberatende Kommission stimmt mit 14 Stimmen (1 Enthaltung) zu.**

**Der Präsident** bittet das Bau- und Bildungsdepartement, die Pressemitteilung zu verfassen.

**Der Präsident** führt aus, er würde das Einführungsreferat im Kantonsrat halten, sofern es dem Willen der Kommission entspreche und stellt fest, dass dies der Fall sei.

**Regierungsrat Willi Haag** ergänzt, es sei beabsichtigt, dass Protokoll samt gelbem Blatt auf die Fraktionssitzungen zu verschicken.

**Der Präsident** ergänzt, die Richtlinien für das Kommissionspräsidentenamt seien mehr als veraltet. Er bitte das Präsidium, diese Richtlinien den heutigen Gegebenheiten anzupassen.

**Der Präsident** beendet die Sitzung und bedankt sich bei den Anwesenden für die aktive Mitarbeit. Es sei aber zu erwähnen, dass das Volk den 65 Mio. Franken noch nicht zugestimmt habe, weshalb Verwaltung, Kantonsräte und Schulen gefordert seien, ihre politische Arbeit zu verrichten und für das Projekt zu werben.

St.Gallen, 31. März 2009

Der Präsident der vorberatenden  
Kommission:

*Sig. Karpeter Trunz*

Karpeter Trunz

Der Protokollführer:



Dominik Scheiwiller

## Schülerzahlprognosen bis 2018/19

### Anhang 1

#### Beilage 6.1.: Gymnasium

Schuljahr	15-Jährige	Eintritt 1. Klasse	Quote	1.-4. Klassen	Quote	Jahrgänge
1996/97	5725	693	12.10	2499	11.07	22'580
1997/98	5940	728	12.26	2573	11.12	23'144
1998/99	5865	873	14.88	2757	11.76	23'439
1999/00	6021	826	13.71	2957	12.56	23'551
2000/01	6094	796	13.06	3019	12.62	23'920
2001/02	6067	861	14.19	3064	12.74	24'047
2002/03	6094	867	14.22	3130	12.89	24'276
2003/04	6235	930	14.91	3172	12.95	24'490
2004/05	6256	951	15.20	3291	13.35	24'652
2005/06	6325	967	15.29	3496	14.03	24'910
2006/07	6406	986	15.40	3556	14.10	25'222
<b>2007/08</b>	<b>6301</b>	<b>980</b>	<b>15.55</b>	<b>3591</b>	<b>14.20</b>	<b>25'288</b>
2008/09	5919	928	15.68	3568	14.30	24'951
2009/10	5886	929	15.80	3530	14.40	24'512
2010/11	5657	901	15.93	3446	14.50	23'763
2011/12	5714	920	16.10	3384	14.60	23'176
2012/13	5526	898	16.25	3349	14.70	22'783
2013/14	5550	909	16.37	3322	14.80	22'447
2014/15	5357	884	16.50	3300	14.90	22'147
2015/16	5059	842	16.64	3224	15.00	21'492
2016/17	5060	849	16.77	3175	15.10	21'026
2017/18	5076	858	16.90	3124	15.20	20'552
2018/19	5035	856	17.00	3095	15.30	20'230

Bei den Neueintritten wird weiterhin mit einer konstant leicht steigenden Quote von jährlich 0.15 Prozent gerechnet. Laut Bevölkerungsstatistik erreichte 91/92 die Geburtenzahl ihren höchsten Punkt. Die 15-Jährigen erreichen somit im Jahr 06/07 die Spitze (6406); anschliessend nehmen die Jahrgänge kontinuierlich bis 2018/19 ab (5035); es gibt dazumal gut 21 Prozent weniger 15-Jährige als 2006/07.

#### Beilage 6.2.: Wirtschaftsmittelschule

Schuljahr	Jahrgang	1.Klasse Eintritte	Quote	Abschlüsse	Quote	alle	Quote
1996/97	5909	86	1.54			281	1.24
1997/98	5725	83	1.40	48	0.86	306	1.32
1998/99	5940	86	1.5	70	1.18	308	1.31
1999/00	5865	90	1.51	64	1.12	323	1.37
2000/01	6021	120 (1)	2.05	73	1.23	353	1.47
2001/02	6094	156 (2)	2.59	70	1.19	380	1.58
2002/03	6067	192	3.15	71	1.18	518	2.13
2003/04	6094	143	2.35	83	1.36	544	2.22
2004/05	6235	116	1.90	117	1.93	536	2.17
2005/06	6256	161	2.57	135	2.22	562	2.28
2006/07	6325	171	2.7				

Schuljahr	Jahrgang	1.Klasse Eintritte	Quote	Abschlüsse	Quote	alle	Quote
2007/08	6406	179	2.8				
2008/09	6301	186	2.95				
2009/10	5919	183	3.1				
2010/11	5886	188	3.2				
2011/12	5657	187	3.3				
2012/13	5714	194	3.4				
2013/14	5526	193	3.5				
2014/15	5550	200	3.6				
2015/16	5357	198	3.7				
2016/17	5059	192	3.8				
2017/18	5060	197	3.9				
2018/19	5076	203	4.0				

Für die Prognose kann von einem kleinen Wachstum von 0.1 Quotenprozent pro Jahr ausgegangen werden.

*Beilage 6.3.: Fachmittelschule*

Schuljahr	Jahrgang	1.Klasse	Quote	Abschlüsse	Quote	alle	Quote
1996/97	5909	89	1.50			166	1.43
1997/98	5725	104	1.82	76	1.29	184	1.58
1998/99	5940	115	1.94	73	1.27	203	1.72
1999/00	5865	84	1.43	82	1.38	180	1.51
2000/01	6021	133	2.21	93	1.54	246	1.39
2001/02	6094	162	2.66	103	1.69	348	1.91
2002/03	6067	171	2.82	47	0.77	460	2.51
2003/04	6094	161	2.64	131	2.15	485	2.63
2004/05	6235	177	2.84	146	2.34	510	2.74
2005/06	6256	192	3.07				
2006/07	6325	204	3.23				
<b>2007/08</b>	<b>6406</b>	<b>217</b>	<b>3.39</b>				
2008/09	6301	224	3.55				
2009/10	5919	220	3.71				
2010/11	5886	227	3.87				
2011/12	5657	228	4.03				
2012/13	5714	239	4.19				
2013/14	5526	240	4.35				
2014/15	5550	250	4.51				
2015/16	5357	250	4.67				
2016/17	5059	244	4.83				
2017/18	5060	253	5.00				
2018/19	5076	261	5.15				

Es wird mit einem Wachstum von 0.15 Quotenprozenten im Jahr gerechnet.

*Beilage 6.4.: Prognose für neu zu bildende 1. Klassen*

Schuljahr	MAR	WMS/WMI	FMS	Total
2000/01	37	5	6	48
2001/02	38	7	7	52
2002/03	38	8	8	54
2003/04	41	6	7	54

Schuljahr	MAR	WMS/WMI	FMS	Total
2004/05	41	5	8	54
2005/06	41	7	8	56
2006/07	43	8	8	59
<b>2007/08</b>	<b>43</b>	<b>8</b>	<b>6</b>	<b>57</b>
2008/09	42	8	7	57
2009/10	42	8	7	57
2010/11	40	8	8	56
2011/12	40	8	9	57
2012/13	39	8	9	56
2013/14	39	8	9	56
2014/15	39	9	9	57
2015/16	37	9	9	55
2016/17	37	9	9	55
2017/18	37	9	9	55

Die Zahl der neu gegründeten 1. Klassen an den Mittelschulen dürfte sich in den nächsten Jahren aufgrund der Demographie und der Veränderung in der Mittelschulquote nur leicht verändern. Etwa ab dem Jahr 2015 dürfte sich der Geburtenrückgang stärker auf die Klassenbildung auswirken als das Wachstum der Mittelschulquote. Ab diesem Zeitpunkt ist mit einem leichten Rückgang der Neueintritte zu rechnen.

*Beilage 6.5.: Prognose für die gesamte Klassenzahl an Mittelschulen*

Schuljahr	Gymnasium <sup>48</sup>	WMS/WMI <sup>49</sup>	FMS <sup>50</sup>	Total <sup>51</sup>
2003/04	158	22	22	202
2004/05	162	20.4	23	205.4
2005/06	165	19.6	23	207.6
2006/07	170	21.2	24	215.2
<b>2007/08</b>	<b>171</b>	<b>22.4</b>	<b>22</b>	<b>215.4</b>
2008/09	173	25.4	21	219.4
2009/10	174	25.6	20	219.6
2010/11	171	25.6	25	221.6
2011/12	168	25.6	28	221.6
2012/13	165	25.6	30	220.6
2013/14	162	25.6	31	218.6
2014/15	161	26.6	32	219.6
2015/16	158	26.8	32	216.8
2016/17	156	27.8	32	215.8
2017/18	154	28.8	32	214.8

Die Zahl der gesamthaft geführten Klassen dürfte in den nächsten Jahren aufgrund der Demographie, der steigenden Mittelschulquote und des neu zu schaffenden 4. Schuljahres an der Fachmittelschule leicht zunehmen und sich dann etwa stabilisieren. In der Fachmittelschule ist mit konstanten Eintritten zu rechnen, wenn sich der Lehrgang etabliert hat und es gelungen ist, den Lehrgang als attraktive Alternative zu den Berufslehren zu positionieren. Mittelfristig, d.h. ungefähr ab dem Jahr 2015 ist mit einem Rückgang der Klassen zu rechnen.

<sup>48</sup> Einschliesslich Untergymnasium.

<sup>49</sup> Klassen im Praktikumsjahr werden als 0.2 Klassen gezählt, da sie jeweils einen Tag pro Woche an der Schule verbringen.

<sup>50</sup> Ab Schuljahr 2010/11 als vierjähriger Lehrgang konzipiert.

<sup>51</sup> Ohne Lehrerseminare (bis 2004/05).



## Anhang 2

# **Kantonsratsbeschluss über Sanierung und Erweiterung der Kantonsschule in Heerbrugg**

---

Stellungnahme zur Anfrage der vorberatenden Kommission vom 23. März 2009

Vergleich der Flächenangaben

Die in der Botschaft unter der Rubrik "Architekturwettbewerb" aufgeführte Zahlen über die Nettonutzfläche "... von bisher rund 6'700 m<sup>2</sup> auf eine Nettonutzfläche von rund 9'000 m<sup>2</sup> erweitert werden." beziehen sich, wie das Wort selbst schon sagt, auf die **Nettonutzfläche** und können somit nicht direkt mit den Zahlen der **Geschossflächen** unter der Rubrik "Parameter und Kennzahlen" verglichen werden.

Sie beinhalten zudem auch die Flächen der Turnhalle (Geschossfläche der Turnhalle, inkl. Nebenräume liegt bei 2'657 m<sup>2</sup>) nicht, da ein Umbau der Turnhalle in der Wettbewerbsphase noch nicht vorgesehen war.

Die genaue Berechnung der verschiedenen Flächen nach SIA 416 werden wir Ihnen bis zur Frühjahrssession im April nachliefern, so dass die einzelnen Werte auch miteinander verglichen werden können.



### Anhang 3

## **Kantonsratsbeschluss über Sanierung und Erweiterung der Kantonsschule in Heerbrugg**

---

Stellungnahme zur Anfrage der vorberatenden Kommission vom 23. März 2009

Erstellung einer Photovoltaik-Anlage für 500'000 Franken

Unter der Annahme eines meteorologischen Durchschnitt- Jahres beträgt der jährliche Energieverbrauch für die Wärme- und Kälteleistung mittels Erdsonden- Wärmepumpe ohne Verteilung und Abgabe 190'000 kWh/Jahr.

Der jährliche Energieverbrauch nur für die Umwälzpumpe des Erdsondenfeldes für den Heiz- und Kühlbetrieb beträgt 22'000 kWh/Jahr.

Konzept der Photovoltaik- Anlage

Die Anlage auf dem Dach der Kantonsschule wird ca. 760m<sup>2</sup> der Dachfläche in Anspruch nehmen und wird ca. 38 kWp (Kilowatt peak) erzeugen.

In der Region Rheintal wird dies ca. 34'200 kWh/Jahr Energieertrag ergeben, womit der Energiebedarf für die Umwälzpumpe sicher abgedeckt werden kann.